



**Christiane Bainski MdL**

Vorsitzende  
des Ausschusses  
für Migrationsangelegenheiten

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Telefonzentrale: (02 11) 88 4 - 0  
Durchwahl: 27 49/25 80

An die  
Vorsitzende  
des Ausschusses für  
Verwaltungsstrukturreform  
Frau Renate Drewke MdL

Düsseldorf, 06.05.99

im Hause

nachrichtlich:

Herrn Ausschußassistenten  
Wolfgang Fröhlecke

sowie

als Vorlage an alle MdL

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
12. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**12/ 2703**

*Alle Beg*

**Votum des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten zum Ersten Modernisierungsgesetz - Drucksachen 12/3730 sowie 12/3770 -**

**hier: Erprobungsklausel Artikel I, 1. ModernG NRW, § 126 Absatz 3 Satz 2 der Gemeindeordnung**

Sehr geehrte Frau Kollegin,

der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten hat sich in seiner Sitzung am 29. April 1999 mit dem Bereich des Entwurfs zum Ersten Modernisierungsgesetz befaßt, der ihn inhaltlich betrifft. Hierbei handelt es sich um die in Artikel I des Entwurfs beabsichtigte Hinzufügung von § 126 Absatz 3 Satz 2 der Gemeindeordnung. Hiernach soll es für Gemeinden möglich sein, im Rahmen einer antragsabhängigen Erprobung versuchsweise anstelle von Ausländerbeiräten nach § 27 einen Ausschuß für Zuwanderung und Integration zu bilden.

Ich darf Ihnen im Einvernehmen mit den migrationspolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller Fraktionen folgendes Votum übermitteln:

Der Neuentwurf zu § 126 Absatz 3 Satz 2 der Gemeindeordnung im Ersten Modernisierungsgesetz könnte die Gefahr bergen, als Signal verstanden zu werden, die Partizipation von Migrantinnen und Migranten könnte geschwächt werden. Es solle auch nicht in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen können, eine Gemeinde könne sich der aus ihrer Sicht möglicherweise unbequemen Arbeit eines Ausländerbeirats entledigen.

Der Ausschuß fordert, daß im weiteren Gesetzgebungsverfahren sichergestellt wird, daß die Bedingungen für eine solche Erprobung erst in Absprache mit den in diesem Jahr neu zu wählenden Ausländerbeiräten geklärt werden.

Grundsätzlich begrüßt der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten die Bemühungen, eine politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene zu verbessern und entsprechende Erprobungen zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen



(Christiane Bainski)